

Zu großer Blutzoll an Isegrim - Schafzüchter demonstrieren vor dem Umweltministerium in Hannover

Gero Hocker (FDP) spannt schon mal die Büchse: Der Wolf soll ins Jagdrecht aufgenommen werden



Dienstag 3. Februar 2015 - Hannover (wbn). Niedersachsen bejubelt gerade eine weitere Wolfssichtung „80 Kilometer vor Hannover“, wie die BILD-Zeitung schreibt. Und schon greift mit Gero Hocker von der FDP ein Landespolitiker zu größerem Kaliber. Der Wolf soll nicht nur Privilegien genießen sondern auch ins Jagdrecht aufgenommen werden.

Mit anderen Worten: Die niedersächsische Jägerschaft soll ihm unter besonderen Bedingungen mit dem Schießgewehr auf den Pelz rücken können. In Vechta und Diepholz soll ein Wolf in nur drei Monaten mehr als 40 Nutztiere gerissen haben. Das ruft die Schafzüchter auf den Plan, denen dieser Blutzoll zu hoch ist und die vor dem Umweltministerium in Hannover demonstriert haben. Der umweltpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Gero Hocker, regt anlässlich der heutigen Demonstration der niedersächsischen Schäfer an, die Wölfe in Niedersachsen „so zu behandeln wie alle anderen Wildtiere auch“.

(Zum Bild: Der Wolf ist (wieder) ein Niedersachse. Foto: NABU)

Fortsetzung von Seite 1

Hocker: „Es ist ein großer Erfolg der Bemühungen im Natur- und Artenschutz, dass in Niedersachsen wieder Wölfe leben. Jetzt sollten für den Wolf die gleichen Regeln gelten wie für andere Wildtiere auch. Dazu könnte auch das Jagdrecht gehören“, so der

Gero Hocker (FDP) will den Wolf ins Jagdrecht aufnehmen lassen

Geschrieben von: Lorenz

Dienstag, den 03. Februar 2015 um 16:53 Uhr

FDP-Umweltpolitiker. Die bewährten jagdrechtlichen Regeln schaffen Hocker zufolge einen sinnvollen Ausgleich zwischen den Interessen der Menschen im ländlichen Raum und dem Artenschutz der Wildtiere.

Die Sorgen von Schäfern und anderen Nutztierhaltern seien nachvollziehbar und müssten ernst genommen werden. Nötig ist Hocker zufolge ein unbürokratischer Schadenersatz für Viehhalter bei Wolfsrissen. „Die Viehhalter brauchen schnelle und unbürokratische Hilfe bei Wolfsrissen. Der vom Umweltminister geforderte Nachweis per Gentest ist bürokratisch, teuer und dauert zu lange. So steigert man die Akzeptanz für Wölfe nicht“, kritisiert der FDP-Umweltexperte.

Die Landesregierung stelle zu wenig Geld für Entschädigung und Prävention für die Landwirte zur Verfügung. „Der Umweltminister muss NGOs und Umweltverbände als Geldgeber mit ins Boot holen. Nur wenn alle mitmachen, wird die Wiederansiedelung des Wolfs in Niedersachsen ein Erfolg“, so Hocker. Auch die Umkehr der Beweislast bei Wolfsrissen könne ein wichtiger Beitrag für weniger Vorbehalte unter Viehhaltern sein.

Hintergrund: Niedersächsische Schäfer haben heute vor dem Umweltministerium in Hannover demonstriert und eine Resolution übergeben. Sie sorgen sich um zunehmende Lasten durch die Ausbreitung des Wolfs in Niedersachsen. Das Jagdrecht sieht vor, dass Wildtiere, deren Population so groß wird, dass sie Probleme für das Ökosystem oder etwa Landwirte und Anwohner auslöst, in engen Grenzen bejagt werden können, um den Bestand zu kontrollieren. Die genauen Grenzen und Jagdzeiten werden von Wildbiologen und Forstwirten bestimmt. Dieses Vorgehen hat sich bei allen heimischen Wildtieren bewährt.